



Stadt Halle (Saale)

27.09.2019

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.09.2019:

**zu 5.1 Bestellung eines Protokollführers
Vorlage: VII/2019/00010**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss bestellt der Oberbürgermeister Herrn Maik Stehle als Protokollführer. Die Stellvertretung wird durch das Team Ratsangelegenheiten abgesichert.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.09.2019:

zu 5.2 Konsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2019/00170

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
1 Ja Stimme
7 Nein Stimmen
4 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt das Konsolidierungskonzept zum Abbau der Liquiditätskredite unter die Genehmigungsgrenze nach § 110 Abs. 2 KVG LSA.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Konsolidierungskonzept bei der Haushaltsaufstellung 2020 ff. zu berücksichtigen und die finanziellen Auswirkungen der Umsetzung abzubilden.
3. Der Oberbürgermeister wird mit der Vorbereitung der Umsetzung des Konsolidierungskonzeptes beauftragt.
4. Dem Stadtrat wird bis Mai 2020 ein den Maßgaben des Konsolidierungskonzeptes entsprechender beschlussfähiger Tilgungsplan samt Finanzierungsinstrumenten vorgelegt.
5. Der Oberbürgermeister verweist die Vorlage in den Finanzausschuss und in den Hauptausschuss.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

27.09.2019

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.09.2019:

**zu 5.3 Wahl des Kreisjägermeisters und der Mitglieder des Jagdbeirates der
Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05341**

Abstimmungsergebnis: keine Abstimmung

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat wählt für den Zeitraum der laufenden Wahlperiode den Kreisjägermeister

Herrn Hubert Seibicke, Halle (Saale)

sowie die weiteren Mitglieder des Jagdbeirates

- als Vertreter der Landwirtschaft Herrn Gerd Schaaf, Halle (Saale)
- als Vertreter der Forstwirtschaft Herrn Jan Frieß, Halle (Saale)
- als Vertreter der Jagdgenossenschaften Herrn Siegfried Schubert, Halle (Saale)
- als Vertreter der Stadtjägerschaft Halle (Saale) Herrn Michael Jahnke, Halle (Saale)
- als Vertreter des Naturschutzbeauftragten der Stadt Halle (Saale) Herrn Jan Sonntag,
Halle (Saale).

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

27.09.2019

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.09.2019:

**zu 5.4 IT macht Schule - IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05270**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bestätigt das IT Konzept für kommunale Schulen der Stadt Halle (Saale).

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.09.2019:

**zu 5.4.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Beschlussvorlage IT macht Schule- IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)VI/2019/05270
Vorlage: VI/2019/05273**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bestätigt das IT Konzept für kommunale Schulen der Stadt Halle (Saale) **unter den Bedingungen:**

1. Das IT Konzept und die Ausstattung der Schulen orientieren sich streng an den Prinzipien von Open Source und Open Access sowie an der Datenschutzgrundverordnung der EU.
2. Grundlage für die Softwareausstattung der Schulen ist Open-Source-Software. Dazu gehören auch die Betriebssysteme.
3. Bei der IT-Ausstattung der Schulen wird sichergestellt, dass die freie Lernmittelwahl nicht eingeschränkt wird.
4. Es werden nur Geräte ohne sogenannten Vendor Lock angeschafft.
5. Es wird sichergestellt, dass alte Geräte, gespendete und geschenkte Geräte eingebunden werden.
6. Es wird sichergestellt, dass jeder Zeit ohne zusätzlichen Wartungsaufwand Peripheriegeräte angeschlossen werden können. Das beinhaltet auch den Datentransport durch Speichermedien.
7. Es wird sichergestellt, dass die IT auch ohne Internetzugang nutzbar ist.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.09.2019:

**zu 5.4.2 Änderungsantrag der Stadträtin Dörte Jacobi (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zur Beschlussvorlage IT macht Schule- IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)VI/2019/05270
Vorlage: VII/2019/00273**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bestätigt das IT Konzept für kommunale Schulen der Stadt Halle (Saale) unter den Bedingungen:

1. Bildung einer temporären Arbeitsgruppe „IT macht Schule“, die sich aus Mitgliedern der Verwaltung, der ITC und der Schulen zusammensetzt und deren regelmäßige Treffen offen sind für interessiertes Schulpersonal sowie Mitglieder der Fraktionen. Themen der Arbeitsgruppentreffen sind der Prozess der Umsetzung des IT-Konzepts sowie Bedarfe der Schulen.
2. Das IT-Konzept für kommunale Schulen wird fortlaufend aktualisiert und fortgeschrieben. Das IT-Konzept „IT macht Schule“ wird dem Stadtrat in der fortgeschriebener Version einmal im Jahr zum Beschluss vorgelegt.
3. Die medienpädagogischen Konzepte der Schulen werden dem Stadtrat regelmäßig zur Kenntnis gegeben.
4. Unter 1.2. Ziele des Projekts (Seite 5) wird als weiteres Projektziel die Vermittlung von Grundzügen des Programmierens aufgenommen. Dieses Projektziel wird im Konzept in den entsprechenden Kapiteln mit Aussagen zu Hard- und Software, die einen altersgerechten Einstieg in die Programmierung ermöglichen, untersetzt.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.09.2019:

zu **Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der Stadträtin Dörte Jacobi (MitBürger & Die PARTEI) (VII/2019/00273) zur Beschlussvorlage IT macht Schule - IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) (VI/2019/05270)**
Vorlage: VII/2019/00280

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Der Stadtrat bestätigt das IT Konzept für kommunale Schulen der Stadt Halle (Saale) unter den Bedingungen:

1. Bildung einer temporären Arbeitsgruppe „IT macht Schule“, die sich aus Mitgliedern der Verwaltung, der ITC, ~~und~~ der Schulen **und jeweils einer VertreterIn des Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung (LISA) und des Rechenzentrums der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg** zusammensetzt und deren regelmäßige Treffen offen sind für interessiertes Schulpersonal sowie Mitglieder der Fraktionen. Themen der Arbeitsgruppentreffen sind der Prozess der Umsetzung des IT-Konzepts sowie Bedarfe der Schulen.
2. Das IT-Konzept für kommunale Schulen wird fortlaufend aktualisiert und fortgeschrieben. Das IT-Konzept „IT macht Schule“ wird dem Stadtrat in der fortgeschriebener Version einmal im Jahr zum Beschluss vorgelegt.
- ~~3. Die medienpädagogischen Konzepte der Schulen werden dem Stadtrat regelmäßig zur Kenntnis gegeben.~~
- ~~4. Unter 1.2. Ziele des Projekts (Seite 5) wird als weiteres Projektziel die Vermittlung von Grundzügen des Programmierens aufgenommen. Dieses Projektziel wird im Konzept in den entsprechenden Kapiteln mit Aussagen zu Hard- und Software, die einen altersgerechten Einstieg in die Programmierung ermöglichen, untersetzt.~~

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

27.09.2019

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.09.2019:

**zu 6.1 Antrag der der CDU/FDP-Fraktion zur Umsetzung der
Fluthilfemaßnahme 266 - Riveufer
Vorlage: VI/2019/05177**

Abstimmungsergebnis:

zugestimmt nach Änderungen

6 Ja Stimmen

5 Nein Stimmen

0 Enthaltungen

Beschlussempfehlung:

1. Der Beschluss VI/2018/04392 - Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Variantenbeschluss Hochwasserfolgemaßnahme Riveufer" (VI/2018/04187) – vom 24.10.2018 wird aufgehoben.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Fluthilfemaßnahme 266 Riveufer, die Planung mit einer Fahrbahnbreite von 4,80m fortzusetzen und als Baubeschluss dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

27.09.2019

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.09.2019:

**zu 6.2 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zum Namenszusatz für die Georg-Friedrich-Händel Halle
Vorlage: VI/2019/05176**

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Händel HALLE zukünftig den Namenszusatz „Tagungs-und Kongresszentrum“ erhält.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.09.2019:

**zu 6.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufwertung des Themas Digitalisierung in der zukünftigen Stadtratsarbeit
Vorlage: VI/2019/04986**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) „Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung“ wird in „Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung, Digitalisierung sowie Beschäftigung“ umbenannt.
2. Der Ausschuss erhält folgende zusätzlichen Empfehlungsrechte:
 - Angelegenheiten der digitalen Infrastruktur
 - Angelegenheiten der digitalen Bildung
 - Angelegenheiten der digitalen Bürgerservices und des eGovernments
 - Angelegenheiten des digitalen Tourismusmanagements
 - Angelegenheiten der digitalen Bürgerinformation und -beteiligung
 - Angelegenheiten der digitalen Stadtentwicklung und Mobilität
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung und der Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) bis zur Stadtratssitzung am 24.04.2019 als Beschlussvorlage einzubringen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

27.09.2019

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.09.2019:

**zu 6.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu
Ausstellungsvergütungen für bildende Künstler*innen
Vorlage: VI/2019/05095**

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Ausstellungsvergütung für professionelle bildende Künstler*innen in kommunalen Einrichtungen einzuführen. Dazu ist eine Richtlinie zu erarbeiten. Hierbei sind folgende Dinge zu berücksichtigen:
 - nachzuweisende Kriterien der Professionalität können sein:
 - Abschluss eines Studiums an einer künstlerischen Hochschule oder
 - professionelle Ausstellungs- oder Publikationstätigkeit oder eine qualifizierte künstlerische Praxis oder
 - Mitgliedschaft in der Künstlersozialkasse oder
 - Mitgliedschaft in einem der Landesverbände des Bundesverbandes Bildender Künstler*innen
 - Einzelausstellung (1-2 Künstler*innen): Die Ausstellungsvergütung beträgt 125 Euro pro Künstler*in pro Woche.
 - Gruppenausstellungen (ab 3 und mehr Künstler*innen): Die Ausstellungsvergütung beträgt 150 Euro pro Woche und verteilt sich auf die Anzahl der Künstler*innen. Bedingung ist jedoch, dass jeder Künstler*in eine Ausstellungsvergütung von mindestens 50 Euro pro Woche erhält. Daher erhöht sich im Bedarfsfall der Gesamtbetrag der Ausstellungsvergütung entsprechend.
 - Alle Beträge gelten zzgl. der gesetzlichen Mehrwertsteuer.



2. Im Haushaltsplan wird ab 2020 ein neues Produkt „Ausstellungsvergütung bildende Künstler*innen“ aufgenommen. Ab dem Jahr 2020 wird ein jährlicher Ansatz in Höhe von 10.000 Euro in den Haushalt eingestellt.
3. Die Ausstellungsvergütung für bildende Künstler*innen wird unter Punkt 2.2 in die Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit aufgenommen. Die Richtlinie ist dahingehend zu überarbeiten.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.09.2019:

**zu 6.5 Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle auf regelmäßige Überprüfung der Aufenthaltsberechtigung EU-Ausländern bei der Beantragung und Verlängerung von Sozialleistungen nach SGB II
Vorlage: VI/2019/05208**

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung:

- 1.) Bei jeder Antragsstellung und Verlängerung des Bezuges von Sozialleistungen nach dem SGB II die Berechtigung zum Aufenthalt der Antragsteller, seiner Angehörigen und begünstigten Mitgliedern von Bedarfsgemeinschaften aller sich in Halle im Zuge der EU-Freizügigkeit niedergelassenen EU-Ausländern zu überprüfen.
- 2.) Die Nachweise aus denen sich das Recht der Inanspruchnahme der Freizügigkeit für EU-Ausländer begründet sollen kritisch überprüft werden. Insbesondere sind deshalb Nachweise selbständiger oder unselbständiger Tätigkeiten, welche die Voraussetzung für eine Niederlassung nach dem Freizügigkeitsgesetz/EU in Halle sind, kritisch zu hinterfragen.

Ziel ist es betrügerische Handlungen aufzudecken und den systematischen Zuzug in die Sozialsysteme zurückzudrängen.

- 3.) Dem Stadtrat ist, quartalsweise über die Zahl der in Halle lebenden Sozialleistungsbeziehenden-EU-Ausländer zu berichten.
- 4.) Den Stadtrat über die Höhe der Mittel, die aufgrund der Sozialleistungsbeziehenden-EU-Ausländern aus dem städtischen Haushalt aufgewendet werden müssen zu informieren.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

27.09.2019

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.09.2019:

**zu 6.6 Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle zur Vermeidung der Einbürgerung von Ausländern mit fehlender dauerhafter eigenständiger Sicherung des Lebensunterhalts
Vorlage: VI/2019/05197**

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Einbürgerungsbehörde der Stadt Halle aufzufordern, Einbürgerungsbegehren von Ausländern nur dann zu entsprechen, wenn die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts für sich und die unterhaltsberechtigten Angehörigen dauerhaft gewährleistet sind.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

27.09.2019

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.09.2019:

**zu 6.7 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung der
Einrichtung eines Ressourcenpools für Vereine und ehrenamtliche
Initiativen
Vorlage: VI/2019/04766**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche konkreten Unterstützungsleistungen von der Stadt für die Einrichtung und das Betreiben eines stadtweiten Ressourcenpools für Vereine und Initiativen möglich sind.
2. Das Prüfergebnis ist dem Stadtrat einen Monat nach der Beschlussfassung zu diesem Antrag per Informationsvorlage vorzulegen.
3. Bei einer positiven Stellungnahme werden die Umsetzungsschritte bis zur Realisierung dargelegt.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

27.09.2019

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.09.2019:

**zu 6.8 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bau eines Freibades
in Halles Süden
Vorlage: VI/2019/05187**

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Neubau eines Freibades in Halles Süden zu prüfen. Die Prüfung beinhaltet die Untersuchung möglicher Örtlichkeiten, die Erstellung konzeptioneller Varianten (Anzahl und Größe der Becken, Betrieb, Sprungturm, Liegefläche, Umkleidekabinen usw.), die Ermittlung der Kosten sowie die Aufstellung mittelfristiger Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten. Dem Stadtrat soll im Dezember 2019 das Prüfergebnis vorgelegt werden.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

27.09.2019

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.09.2019:

**zu 6.9 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Aufstellung öffentlicher Toiletten
Vorlage: VI/2019/05189**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

- ~~1. Die Stadtverwaltung wird damit beauftragt, am August-Bebel-Platz, im südwestlichen Bereich des Marktplatzes, im Bereich des Rosa-Luxemburg-Platzes und des Landesmuseums für Vorgeschichte sowie am Skatepark Halle-Neustadt umgehend über den Sommer hinweg bis Ende September mobile Toilettenkabinen („Dixis“) aufstellen und regelmäßig reinigen zu lassen. Nach Möglichkeit sind die Toilettenkabinen angepasst an das jeweilige Umfeld optisch zu verkleiden (Holzverkleidung, Pflanzen o.ä.).~~
2. Die Stadtverwaltung wird zudem damit beauftragt zu prüfen, ob an diesen und gegebenenfalls weiteren Standorten saisonal aufgestellte Toilettenanlagen ausreichend sind oder ob nicht künftig dauerhaft sowie barrierefreie City-Toiletten aus ästhetischen sowie Kostengründen aufgestellt werden sollten. Die Informationsvorlage zu den Prüfergebnissen ist dem Stadtrat im September 2019 vorzulegen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

27.09.2019

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.09.2019:

**zu 6.10 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Beschluss des IT-Konzeptes für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) mit dem Titel „IT macht Schule“
Vorlage: VI/2019/05228**

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das IT-Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) mit dem Titel „IT macht Schule“ dem Stadtrat zum nächstmöglichen Zeitpunkt nach der Beschlussfassung dieses Antrages als zu beschließende Beschlussvorlage vorzulegen. Der Beschlussvorlage ist die Langfassung des IT-Konzeptes beizufügen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

27.09.2019

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.09.2019:

**zu 6.11 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Begrünung der Dächer hallescher Bus- und Straßenbahnhaltestellen
Vorlage: VII/2019/00034**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG) ein Konzept zu erarbeiten und umzusetzen, wie zeitnah die Dächer der halleschen Bus- und Straßenbahnhaltestellen, insofern bautechnisch umsetzbar, begrünt werden können.
2. Das Konzept ist bis zur Sitzung des Stadtrates am 18. Dezember 2019 vorzulegen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer